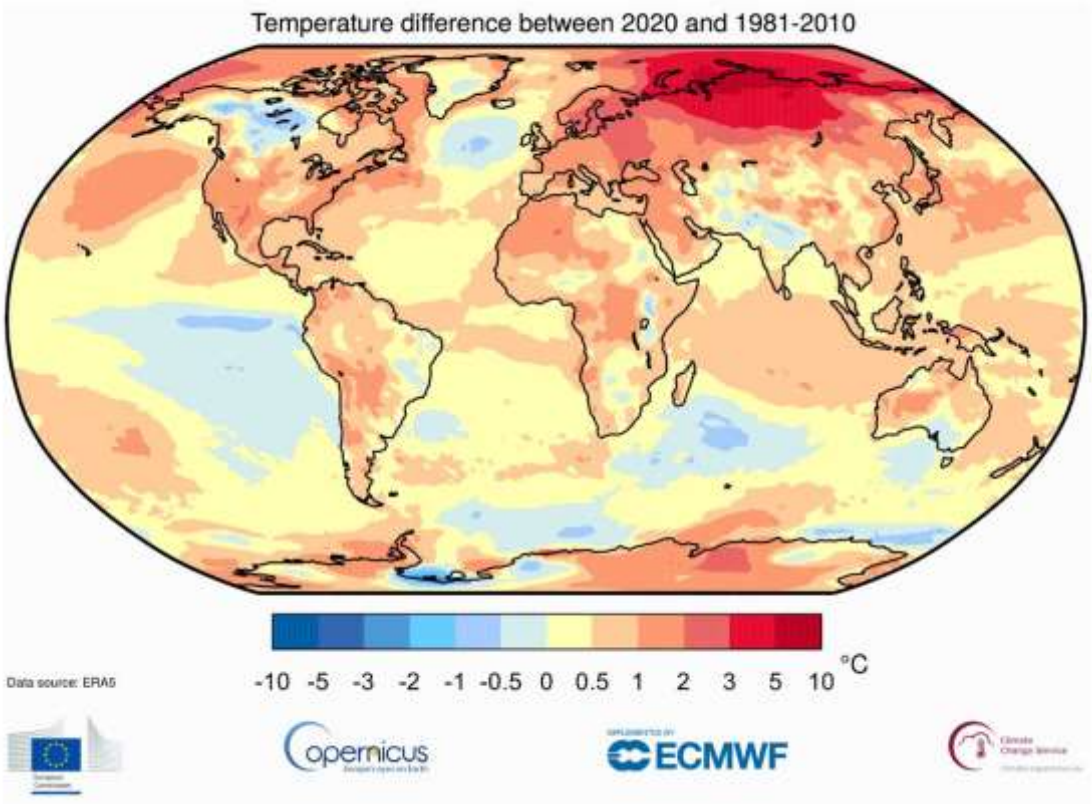
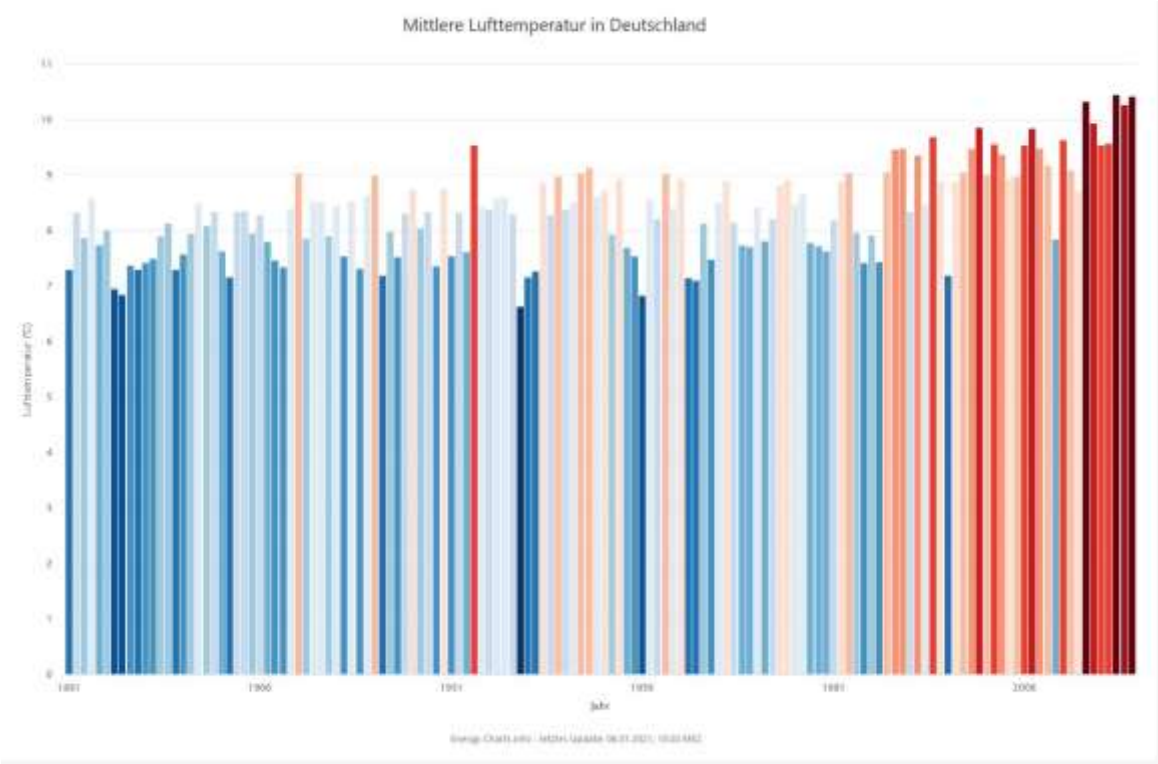
Klimaschutz in der Gemeinde Feldkirchen-Westerham

Zum weltweiten Klimastreik am 19.3.2021





Inhalt

Digitale Demonstration statt Präsenzveranstaltung	Seite 3
Ansprache des Sprechers der Lokalen AGENDA21	Seite 7
Grußwort Pfarrer Samuel Fischer	Seite 12
Vorschlagsammlung der LA21 zum Klimaschutz in der Gemeinde	Seite 13
Forderungen der FridaysForFuture	Seite 20

Es gibt keinen
Planeten B

Taten statt Worte

jetzt!

ABSURD 1 KOMMA 5 METER KLAR
KLIMA +1 KOMMA 5 GRAD EGAL??

Wir sind daba

UNS IST
DIE
ZUKUNFT
NICHT
EGAL

Klimaschutz muß bei
allen Entscheidungen im
Gemeinderat berücksichtigt
werden

LA
Sp

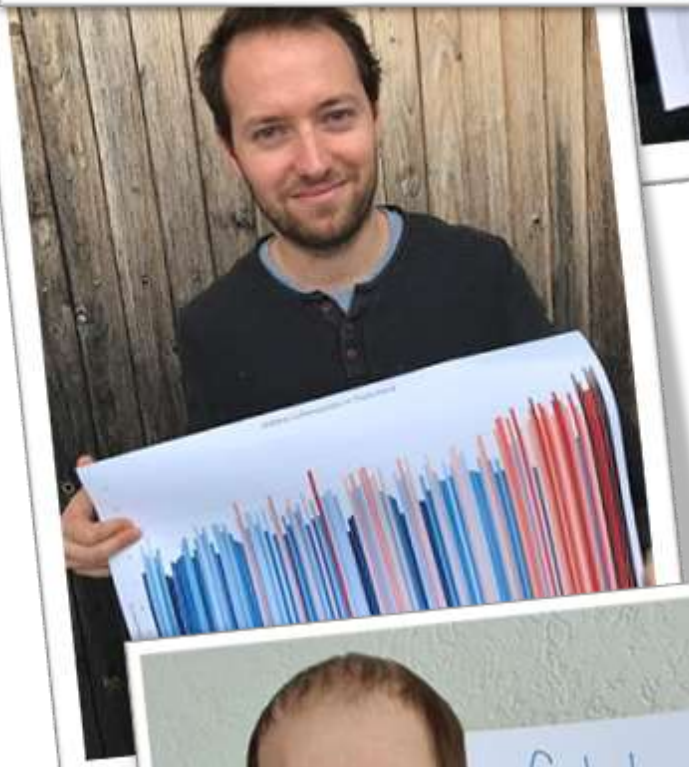
Es ist nicht der Planet, für
den wir den KLIMAWANDEL
STOPPEN müssen.
Er wird sich erholen, wenn die
MENSCHHEIT AUSGESTORBEN
ist.
Homo Sapiens
300.000 v.Ch.
- 2100

JA ZU NACHHALTIGKEIT
JA ZUM KLIMASCHUTZ
NEIN ZU NOCH MEHR ENERGIE- UND
RESSOURCENVERSCHWENDUNG
NEIN ZU 5G

There Is No
Planet B

KLIMA-
SCHUTZ
JETZT

Bayerns Wälder sind in Gefahr
Waldbericht 2020:
Die grüne Lunge
keucht



Schluss
mit den
Ausreden!

Bürger von Feldkirchen-Westerham
Bürger der **einen** Welt

- Wir haben uns hier versammelt, um an einer weltumspannenden Aktion mitzumachen – es finden heute tausende von Aktionen in über 150 Ländern rund um den Globus statt.
  Wir wenden uns an die Politiker und Entscheidungsträger auf allen Ebenen:
  Gemeinde Politiker – Landes Politiker – Bundes Politiker – und an alle Staatschefs der Welt (UN)

- Unsere Erde hat Fieber, ja unser Haus brennt
  Man wollte die Nachrichten dieses Sommers gar nicht glauben:
  Nicht nur in Australien und Kalifornien brannten die Wälder – nein auch Sibirien und sogar die Arktis brannte und dann auch wieder der Amazonas und der Kongo
  – der Klimawandel schreitet unaufhörlich voran
- Die Durchschnittstemperatur ist auf der Erde in den letzten 100 Jahren dramatisch angestiegen und hatte bei unserer letzten Demo die 1°C Marke bereits überschritten – heute sind wir schon bei **1,2°C** – ein Anstieg von ca. 0,2° in knapp 2Jahren – man stelle sich vor, wie schnell wir bei dem Tempo die in Paris vereinbarten Grenzen von 1,5 bis 2°C erreicht haben – aber die waren eigentlich für das Ende des Jahrhunderts gedacht.
  1°, 1,2°, das klingt zwar wenig aber 3° Durchschnittstemperatur machen z.B. den Unterschied zur letzten Eiszeit

- Die letzten 3 Dekaden waren weltweit die Wärmsten seit Beginn der Wetter Aufzeichnung und jede war wärmer als die Vorhergehende.
  Das Jahr **2016 war das wärmste Jahr überhaupt** seit Beginn der Klimadatenaufzeichnung. 2019 ist in Deutschland wieder ein neuer Hitzerekord (mit weit über 40°C) aufgestellt worden und 2020 war weltweit eines der 3 wärmsten Jahre seit der Wetteraufzeichnung, in Deutschland war es sogar das heißeste Jahr. Besonders heiß war es auch in der Arktis und in Sibirien.
- Die Eisschmelze der Polkappen geht viel schneller, als bisher befürchtet. Die Eisfläche in der Arktis schrumpfte im letzten Sommer weiter zusammen, als jemals zuvor.
- Der Meeresspiegel steigt weiter – 6mm seit unserer letzten Demo vor 1,5 Jahren

- Die Wissenschaftler warnen eindringlicher als je zuvor vor einem **irreversiblen „Kippen des Klimas“**
- Ökologisch betrachtet leben wir also deutlich über unsere Verhältnisse – wir nutzen die Natur weltweit 1,7 Mal stärker, als unsere Ökosysteme sich regenerieren können. Ein Planet reicht uns somit theoretisch nicht – eigentlich bräuchten wir 1,7 Erden.
  Und wenn alle so leben würden, wie wir hier in Deutschland, dann brauchten wir sogar **drei** Planeten.
- Wir blasen mehr CO2 in die Atmosphäre, als unsere Ozeane und Wälder absorbieren können. Wir gefischt schneller, als sich die Fischbestände erholen. Wir fällen Bäume rascher, als sie nachwachsen.
- Man kann es einfach nicht glauben, aber der menschengemachte **CO2 Ausstoß** ist trotz der Corona Einschränkungen im letzten Jahr nach vorläufigen Daten sogar **weiter gestiegen** !

- Dabei müsste eigentlich kaum jemand drastisch auf seinen Lebensstandard verzichten – wir müssen einfach nur **anders** wirtschaften z.B. durch Reduzierung unnötigen Energieverbrauchs und Umstellung auf Erneuerbare Energien. Wir brauchen **nachhaltige, regionale (Kreis-)Prozesse**.
  Nachhaltig im Sinne der Agenda21.
  Vielleicht ein bisschen mehr Bescheidenheit.

- Atomkraft und Kohle sind Auslaufmodelle. Sie passen als träge Dinosaurier nicht mehr in die Zeit.

- Atomkraft ist dabei keine "Brückentechnologie"! Sie ist beileibe auch nicht CO2 frei. Sie behindert nur die schnellstmögliche Umstellung auf die Erneuerbaren Energien, weil sie so unflexibel ist und die Netze verstopft. Atomkraft gehört mit ihren vielen, vielen Problemen und extrem gefährlichen Risiken so schnell es nur eben geht beendet.

- Und auch Erdgas ist keine "Brückentechnologie"! Erdgas ist nach neuesten Forschungsergebnissen wegen der enormen Methan Emissionen (28xschlimmer als CO2) in der Vorkette genauso klimaschädlich wie Öl oder Kohle. Umso unverständlicher sind die Entscheidungen unserer Regierung für die sündteure 2. Erdgasleitung durch die Ostsee (Nordstream2) oder für die geplanten Nordsee Terminals für Flüssiggas, die vorwiegend Frackinggas aus den USA importieren sollen.

- Vor nunmehr 5 Jahren wurde das Pariser Klimaabkommen mit dem 1,5° Ziel beschlossen. Heute fordern wir und die FridaysForFuture in allererster Linie, dass sich die Regierungen jetzt auch an dieses Abkommen halten.
  Deshalb lautet auch das heutige Motto #NoMoreEmptyPromises #KeineLeerenVersprechungen – schreitet endlich zu Taten

- Explizit fordern wir mit den FridaysForFuture für Deutschland:
  - Nettonull CO2 bis 2035 erreichen
  - Kohleausstieg bis 2030 nicht erst 2038
  - 100% erneuerbare Energieversorgung bis 2035

  Entscheidend für die Einhaltung des 1,5°C-Ziels ist, die Treibhausgasemissionen so schnell wie möglich stark zu reduzieren. Nicht erst bis 2050 – alle wissenschaftlichen Gutachten sagen, das ist viel zu spät und nicht Paris konform. **Die nächsten 10 Jahre sind da ganz entscheidend.**

- Die Lokale AGENDA21 hat als Ergebnis einer Klausurtagung mit dem Gemeinderat zu ihrem 21-jährigen Jubiläum folgende Forderung an den Gemeinderat erarbeitet:

Auch unsere Gemeinde muss mit dem Beschluss erster Sofortmaßnahmen ihre Anstrengungen verstärken und ihren adäquaten Beitrag zu dem Ziel zu leisten, die Erderwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen. Die Eindämmung der Klimakrise muss auch für unseren Gemeinderat bei künftigen Entscheidungen höchste Priorität bekommt. Klimaschutz muss Chefsache werden

  Darum fordern wir alle Gemeinderäte auf, sich intensiv mit der Klimakriese zu beschäftigen und die nötigen Konsequenzen zu ziehen und Prioritäten zu setzen.
  Ein "Weiter so wie bisher" ist nicht mehr angesagt.

- Immer wieder vorgeschoben werden die **Kosten**.
  Es ist ziemlich klar, das wird für uns zunächst teuer und anstrengend – aber wir sind hier in der Pflicht !!!
  Zu einem gewissen Grade ist es auch gerechtfertigt, denn wir haben unseren Wohlstand mit dem Raubbau an den fossilen Vorräten bisher weitgehend auf Pump finanziert.

  Aber auch wenn Klimaschutz und Energiewende zunächst teuer werden - teuer ist ja zunächst nur der **Umstieg** weil erst einmal die neuen Anlagen gebaut werden müssen - später werden wir und vor allem unsere Kinder um so mehr davon profitieren, weil der Treibstoff (und das ist das Entscheidende) ja auf Dauer gratis ist.
  Die Sonne schickt uns nämlich keine Rechnung.

- TckTckTck – die Uhr tickt -
  Die Zeit läuft, Die Zeit läuft davon !!!
  Wir müssen **jetzt** handeln
  das Klima wartet nicht auf den letzten Zweifler
  seit 50 Jahren sagen die Wissenschaftler immer eindringlicher immer das Gleiche
  – wir müssen dringend handeln!
  Denn wenn wir jetzt nicht bald handeln, **dann** wird es erst richtig teuer!

- Zum Schluss: Was auch immer unsere Politiker in Berlin und in München beschließen, oder auch nicht beschließen ...
  Wenn sich die Regierungen wieder einmal nicht einig werden sollten ?
  dann muss der Wechsel eben von Unten kommen !!!
  Niemand ist gehindert selbst aktiv zu werden und seinen Beitrag zum Klimaschutz leisten
  Jeder ist gefordert **so gut er kann**
  Jeder für sich muss sich anstrengen um seinen ihm **möglichen** Beitrag zu leisten
  In diesem Sinne – lasst uns alle anpacken – Aber jetzt sofort !

- Dieser Klimastreik ist von FridaysForFuture organisiert worden, um den Politikern zu beweisen, dass sich die Menschen um das Klima sorgen. Die FridaysForFuture haben unsere volle Unterstützung, denn sie vertreten zu 100% genau das, wofür wir uns seit über 21Jahren einsetzen
  An dieser Stelle noch einmal meinen Respekt vor den jungen Leuten. Wie intensiv die sich mit dem Thema auseinander setzen und wie konsequent sie Konsequenzen ziehen, da kann man nur sagen Hut ab – da könnte sich mancher Erwachsene und mancher Politiker eine Scheibe von abschneiden.
  Ich finde es regelrecht beschämend, dass die Jugend sogar ein Gutachten beim Wuppertal Institut in Auftrag geben musste, um der Politik nachzuweisen, welche Maßnahmen jetzt dringend umgesetzt werden müssen und dass ihre Forderungen eben nicht unrealistisch sind.

- Eine gute Gelegenheit, etwas für den Klimaschutz zu tuen sind die kommenden Bundestagswahlen im Herbst. Fühlt den Kandidaten auf den Zahn in Sachen Klimaschutz – aber schaut genau hin – "an ihren Taten werdet ihr sie erkennen". Die letzten Regierungen haben viel von Klimaschutz geredet und schöne, nichtssagende Gesetze ohne Konsequenzen verabschiedet, oder aber die Energiewende teilweise sogar ausgebremst. Wählt deshalb nur die Kandidaten oder Parteien, die sich nachweislich für den Klimaschutz einsetzen.

- Ich bedanke mich bei Euch für Euere Teilnahme.
  Ihr alle wart heute Teil einer riesigen Welle von Demonstrationen, die um den Globus rollt
  Ihr habt trotz widriger (Corona) Umstände mit dazu beigetragen, dass sich auch unsere Gemeinde an dem Tausendstimmigen Chor der Weltgemeinschaft beteiligt, um unsere Politiker in Berlin, München und Feldkirchen-Westerham anzufeuern, sich mit aller Kraft für wirklich guten Klimaschutz einzusetzen.

Wenn ich glaube, dass Gott Himmel und Erde geschaffen hat, dann ist sie nicht nur menschliche Verfügungsmasse. Dann haben Pflanzen und Tiere und die grundlegende Ordnung der natürlichen Abläufe einen Sinn in sich selbst.
Der Beter in Psalm 104 drückt das so aus:
„Herr, wie sind deine Werke so groß und so viel. Du hast sie alle weise geordnet.“
In der Schöpfung erkenne ich staunend Gottes wunderbares Wesen. Gott hat dem Menschen – nicht den Herrschern oder sonstigen herausgehobenen Personengruppen – den Auftrag gegeben, an seiner statt die Erde zu bebauen, aber auch Sorge für sie zu tragen.
Diese Aufgabe tragen wir also alle gemeinsam: Politiker und Bürger, Umweltschützer und Industrielle, Landwirte und Kleingärtner, Junge und Alte.
Es ist an der Zeit wieder mehr miteinander zu sprechen, statt übereinander.
Wir sollten gemeinsam Ziele abstecken und überlegen, wie wir sie erreichen können. Eine Verantwortung, die alle betrifft, kann nur gemeinsam getragen werden.

Grußwort unseres Pfarrers Samuel Fischer

Vorschlagsammlung der LA21

für Anträge an den Gemeinderat zum Klimaschutz

Sofortmaßnahmen zum gemeindlichen Klimaschutzbeitrag

Erarbeitet von einer Arbeitsgruppe der LA21 aus den Ergebnissen des Workshops vom 21.5.19
Am Workshop hatten teilgenommen: Gemeinderat, Verwaltung, Bauhof, Ortsräte und AGENDA21

Der fortschreitende Klimawandel und die immer dringlicher werdenden Mahnungen der Wissenschaftler, bis Mitte der 30er Jahre Klimaneutralität zu erreichen, fordern auch Maßnahmen unserer Gemeinde. Es gibt nur noch ein immer kleiner werdendes Zeitfenster. Die nächsten 10 Jahre sind entscheidend.
Auch unsere Gemeinde soll und muss ihren Beitrag leisten.
Darum bittet die LA21 den Gemeinderat, das beschlossene Leitbild (GR-Beschluss März 2000, ergänzt März 2017) in relevanten GR-Entscheidungen heranzuziehen, speziell die Klimaauswirkungen zu beachten und dem Klimaschutz dienliche Maßnahmen im gemeindlichen Wirkungsbereich z.B. durch Verabschiedung der folgenden Beschlussvorschläge zu forcieren.
Sollten für den ein oder anderen Vorschlag die gesetzlichen Grundlagen nicht ausreichend gegeben sein, oder er nicht direkt in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinde fallen, so versucht die Gemeinde einerseits den Vorschlag anzupassen und die gesetzlichen Möglichkeiten maximal zu nutzen, um dem Ziel des Antrags möglichst nahe zu kommen. Andererseits wird sie in allen zur Verfügung stehenden Gremien (z.B. über Städte-/ Gemeindetag) versuchen, die fehlenden Voraussetzungen zu erreichen, bzw. Hindernisse zu beseitigen.

Grundsatzbeschluss der Gemeinde Feldkirchen-Westerham zum Klimaschutz

In Anlehnung an Art. 11 c des neuen Bay. Naturschutzgesetzes vom 10.12.19, welches die Kommunen des Freistaats Bayern auffordert, Vorbildfunktion beim Klimaschutz wahrnehmen, bekennt sich der Gemeinderat zu dem Ziel der Klimakonferenz von Paris 2015, die globale Erwärmung auf möglichst 1,5 C im Vergleich zum vorindustriellen Zustand zu begrenzen.

1. Der Gemeinderat erkennt an, dass zur Erreichung der o.g. Ziele größere Anstrengungen (als bisher) erforderlich sind, um den anteiligen Beitrag der Gemeinde zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5 Grad Celsius zu leisten.
2. Der Gemeinderat beschließt, dass die Eindämmung der Klimakrise mit ihren schwerwiegenden (globalen und lokalen) Folgen wichtige Grundlage für seine künftigen Entscheidungen wird. Alle künftigen Beschlüsse werden auf ihre Auswirkungen auf das Klima und neben der ökonomischen auch auf die ökologische und soziale Nachhaltigkeit geprüft.
3. Der Gemeinderat sucht und bevorzugt bei seinen Entscheidungen solche Lösungen, die sich positiv auf Klima-, Umwelt und Artenschutz auswirken.
4. Die Gemeinde nimmt eine Vorbildfunktion beim Klimaschutz wahr.

Anträge zum Klimaschutz

Energie, Bauen und Wohnen

Die Gemeinde räumt der Förderung nicht-fossiler Energie höchste Priorität ein. Dabei ist das Ziel anzustreben, CO2 Neutralität bei gemeindlichen Gebäuden und Einrichtungen bis 2030 zu erreichen.
Viele der folgenden Vorschläge sind auch bereits im Energiekonzept der Gemeinde aus dem Jahr 2014 aufgeführt (z.B. 1.3 Austausch alter Ölheizungen, 1.9 Energieeffiziente Bauleitplanung, oder 2.8 Windkraftanlagen unter Bürgerbeteiligung). Vereinzelte Maßnahmen des Energiekonzeptes wurden zwar umgesetzt oder zumindest begonnen, das Konzept muss aber aktualisiert und beschleunigt weiter umgesetzt werden.
Die Bürger werden kontinuierlich über aktuelle Möglichkeiten zur Energieeinsparung und zum Einsatz erneuerbarer Energien informiert. Die Umweltbildung in Kindergärten und Schulen wird aktiv gefördert.
Die Gemeinde fordert den Einsatz von Fotovoltaik auf Einkaufszentren, Gewerbebauten und auf Parkplatzüberdachungen. Sie wirbt für die Errichtung privater Fotovoltaik-Anlagen.
Sie steht der Errichtung von Fotovoltaik-Anlagen auf Freiflächen – wo ökologisch vertretbar - positiv gegenüber. Allerdings sollten vorrangig Dachflächen genutzt werden.

In ihrem eigenen Zuständigkeitsbereich erfüllt die Gemeinde Vorbildfunktion:

1. **Antrag: Sanierung gemeindlicher Gebäude im Bestand**
   Die Verwaltung erstellt einen Plan (Gebäudesanierungsplan), nach dem alle Gebäude im Bestand der Gemeinde bis spätestens 2030 sukzessive überarbeitet werden:
   a) energetische Sanierung - Dämmung, Fenster.
   b) die Nutzung von Solarenergie (Thermisch und PV) ist auf allen gemeindlichen Bestandsgebäuden detailliert zu prüfen und wo möglich nachzurüsten oder zu realisieren.
   c) die Heizungen der Bestandsgebäude sind auf nicht fossile Brennstoffe umzustellen.
   Erdgas ist (entgegen seinem früheren Ruf) nach neuesten Erkenntnissen genauso klimaschädlich wie Öl oder Kohle. Es soll dennoch zunächst übergangsweise vom Verbot fossiler Brennstoffe ausgenommen werden, weil es gute Perspektiven hat, durch Biogas oder Power to Gas (PtX, Wasserstoff) erneuerbar zu werden. Allerdings setzt die temporäre Ausnahme voraus, dass von der Gemeinde für ihre Liegenschaften ab dem nächstmöglichen Zeitpunkt eine Gasqualität eingekauft wird, die einen möglichst hohen Anteil an erneuerbarem Gas (Bio- oder Windgas) enthält.

2. **Antrag: Gemeindliche Neubauten**
   a) Auf gemeindeeigenen Grundstücken werden die Gebäude nicht mehr mit fossilen Energien geheizt. Bei kommunalen Neubauten wird die Energie- und Wärmeversorgung auf Basis regenerativer Energien oder durch Nutzung industrieller/gewerblicher Abwärme ausgeführt.
   b) Bei kommunalen Neubauten wird der Baustoff Holz priorisiert (siehe besonders positives Beispiel: KiWest)

3. **Antrag: Nahwärme**
   Überwachung und Betrieb des gemeindlichen Nahwärmenetzes müssen optimiert werden (z.B. Gemeindewerke). Die Gemeinde baut das Nahwärmenetz aktiv aus, um anschlusswillige private Verbraucher und Neubaugebiete mit Nahwärme zu versorgen.

4. **Antrag: Bauleitplanung**
   Bei der Neuaufstellung von Bauleitplänen bekommt eine flächensparende, kompakte Bauweise und eine zukunftsweisende Energieversorgung höchste Priorität. Vor der Ausweisung neuer Baugebiete werden jeweils die aktuellen Möglichkeiten der Innenverdichtung geprüft. In bebauten Ortsteilen kommt dem Leerstand besondere Bedeutung zu. Die Gemeinde beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für ein effizientes Leerstandsmanagement zu erstellen.

   a) Bei der Vergabe von Planungsaufträgen für Bebauungspläne ist eine wichtige Vorgabe, mit hoher Priorität die Voraussetzungen für 'solares' Bauen zu schaffen (Ermöglichung der 'Aktiven' und 'Passiven'(!) Solarnutzung)
   b) Beim Aufstellen von Bauleitplänen, bzw. bei der Bearbeitung von Bauanträgen wird die Entwicklung in die Höhe und Tiefe (Untergeschosse, Tiefgaragen) favorisiert.
      a. Bei der Höhenentwicklung wird die Verschattung von Nachbargebäuden zu beachtet, um deren Solarnutzung (auch die passive !) nicht zu behindern.
      b. Aufstockungen im Bestand werden unter Beachtung von a) mit hoher Priorität befürwortet.
   c) Die Gemeinde schafft für neue Baugebiete die grundsätzliche Voraussetzung dafür, dass fossile Energieträger ausgeschlossen sind. Z.B durch Nahwärmeversorgung mit regenerativen Energieträgern oder die Nutzung industrieller/gewerblicher Abwärme.
   d) Die Gemeinde befürwortet den Einsatz von Wärmepumpen, wenn sie mit Ökostrom betrieben werden. Aus Gründe der Stabilität unserer Stromnetze sind Luftwärmepumpen von dieser Empfehlung explizit ausgeschlossen. Nachbarschaftlicher Lärmschutz ist zu beachten.
   e) Das Aufständern von Solaranlagen wird in Bebauungsplänen nicht mehr explizit ausgeschlossen. Aus bestehenden Bebauungsplänen wird eine diesbezügliche Regelung entfernt.
   f) Sofern Flachdächer nicht zur Nutzung von Solarenergie vorgesehen sind, ist eine Dachbegrünung zu fordern.
   g) Unter Beachtung des Landschaftsbildes ist die Möglichkeit von PV-Freiflächenanlagen an Hanglagen, sowie als Lärmschutz zu prüfen. Außerdem ist die Überdachung von Parkplätzen mit PV-Anlagen zu prüfen.
   h) Die Windvorranggebiete im Flächennutzungsplan werden weiter entwickelt. Die Gemeinde steht der Errichtung von Windrädern, insbesondere mit Bürgerbeteiligung, positiv gegenüber.

5. **Antrag: Fahrzeuge und Geräte**
   Ab sofort werden im Grundsatz keine neuen Fahrzeuge oder Geräte mit Antrieben auf Basis fossiler Brennstoffe mehr angeschafft. Der Markt und das Angebot ändern sich zur Zeit rasant. Deshalb sind vor jeder Neuanschaffung Alternativen konsequent zu prüfen. Die Anschaffungskosten dürfen nicht der alleinige Maßstab sein. Wartungs- und Lebenszykluskosten sowie Wiederverkaufswert werden sorgfältig geprüft. Klimavorteile werden angemessen bewertet und fließen mit hohem Gewicht in die Entscheidung ein. Nur wenn es absolut keine Alternativen gibt, sind Ausnahmen möglich. Die Ausnahmen sind ausführlich zu begründen und zu belegen.

Lebenszykluskosten
Prinzip der Berechnung

Universität der Bundeswehr München
Arbeitsgebiet Beschaffung

Berechnung der Lebenszykluskosten am Beispiel eines Elektroautos im Vergleich zu traditionellen Antriebskonzepten.

Annahmen:
- Nutzungsdauer n = 12 Jahre
- Zinssatz i = 5% auf den Zeitpunkt der Anschaffung
- Zahlungen werden auf einen gemeinsamen Zeitpunkt bezogen, vollkommener Kapitalmarkt (keine Berücksichtigung von Kapitalbindungskosten)

Fahrzeug: Smart Fortwo Coupé pure	Benzin-Fahrzeug		Diesel-Fahrzeug		Elektro-Fahrzeug	
Anschaffung:	10.274		12.095		19.000	
laufende Kosten gesamt (10.000 km):	15.998		15.261		12.917	
- Batterieleasing:						5.334
- KFZ-Steuern:		186		707		157
- Versicherung:		2.785		4.095		2.785
- Energie: *		9.975		7.406		3.420
- Wartung/Instandhaltung: *		3.052		3.052		1.221
Verkauf:	1.114		1.225		334	
Summe (10.000 km):	25.158		26.131		31.583	
Summe (20.000 km):	39.299		37.814		36.559	

*) Verdopplung der Werte bzgl. der laufenden Kosten auf Basis 20.000 km/Jahr

www.unibw.de/beschaffung 18

Quelle: Kunath, J. et al (2012), Lebenszykluskosten für Elektrofahrzeuge, in: Industrie Management, 5, 2012, S. 9-14

Verkehr

Bei den Maßnahmen zum Klimaschutz kommt dem Verkehr besondere Bedeutung zu, denn in Deutschland ist der CO2-Ausstoß im Verkehr seit 1990 nicht gesunken, sondern steigt sogar weiter an. Daher sind alle Maßnahmen, um den motorisierten Verkehr zu reduzieren, von hoher Wichtigkeit. In der Gemeinde befasst sich bereits eine Arbeitsgruppe mit innerörtlicher Mobilität. Abgesehen von den Ergebnissen dieser Gruppe erscheint es als wichtig und notwendig, dass die Gemeinde die Anstrengungen zur Verbesserung des ÖPNV und der Rad- und Fußwege-Verbindungen schnell erhöht

6. **Antrag: Verkehr**

   a) die Gemeinde erstellt zeitnah ein schlüssiges Rad- und Fußwegekonzept und beginnt mit hoher Priorität mit der Umsetzung

b) Um die Attraktivität des Schienenverkehrs zu erhöhen, arbeitet die Gemeinde mit hoher Priorität an einer besseren Anbindung der Bahnhöfe an den ÖPNV (Verknüpfung mit Linienbus, Zubringerdienste aus den Ortsteilen). Eine attraktive Verkehrsanbindung mit Bus und Bahn für Jung und Alt wird sichergestellt. P + R Anlagen werden bereitgestellt und bedarfsgerecht ausgebaut.

c) Die Gemeinde sorgt für Buswartehäuschen und (möglichst überdachte) Fahrrad-Abstellmöglichkeiten an allen Haltestellen

d) die Beschlüsse zur Verkehrsberuhigung (Bedarfsnetz innerörtlicher Höchstgeschwindigkeiten) vom 25.3.2019 werden bis März 2021 umgesetzt

e) Die Beschlüsse zum Lärmaktionsplan (GR-Beschluss Mai 2016) werden zeitnah umgesetzt.

f) Neue Baugebiete werden nur unter der Voraussetzung entwickelt, dass eine attraktive Anbindung an Nahversorgung und ÖPNV gewährleistet ist.

7. Gesellschaftliches Miteinander/Kommunikation

Alle Maßnahmen der Gemeinde sind auf eine Weise zu veröffentlichen, die den Bürger mitnimmt, und die geeignet ist, als Vorbild für sein eigenes Handeln zu dienen.

a. **Antrag: Förderung von Bauprojekten**
   Die Gemeinde fördert Mehrgenerationenprojekte und genossenschaftliches Wohnen

b. **Antrag: Pilotprojekt "Immobilientausch"**
   Die Gemeinde prüft die Möglichkeiten für ein Pilotprojekt "Immobilientausch" (bessere Auslastung der Wohnfläche – Junge Familien suchen größere Wohnung, Ältere suchen kleinere Wohnung)

c. **Antrag: Internet Plattform für Diskussion gemeindebezogener Themen**
   Das Web soll stärker und attraktiver für Bürgerinformationen genutzt werden. Es wird eine Internet Plattform für die Diskussion gemeindebezogener Themen eingeführt (wie z.B. Dorfgespraech.net oder Consul: https://www.mehr-demokratie.de/themen/ beteiligungs-software-consul/ _> *Download: Consul Dossier* ; www.consulproject.org

d. **Antrag: Bürgerbeteiligung**
   Der Gemeinderat sollte bei schwierigen Entscheidungen auch daran denken, die Bürger über ein Ratsbegehren in wichtige Prozesse einzubinden.

Sonstiges

8. Antrag: Gemeindliche Tochterbetriebe

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung, unter Einbeziehung externer Fachkompetenz, die Gründung von Kommunalunternehmen zu prüfen. Die Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung werden dabei berücksichtigt:

a. gemeindeeigene Wohnungsbaugesellschaft
b. Gemeindewerke (für Wasser, Wärme, Strom, Telekommunikation), wie bereits im Maßnahmenkatalog des Energiekonzeptes (Kap 8.2 #3.5) empfohlen

9. Antrag: Kreislaufwirtschaft.

Die Gemeinde wirkt im Landkreis darauf hin, dass die Abfallbeseitigung zu einer Kreislaufwirtschaft umgebaut wird, auch wenn die Gebühren dadurch höher werden.
Das Holsystem muss deutlich ausgebaut werden, z.B. durch die Einführung von gelben und braunen Tonnen (z.B. ist das jetzige Bringsystem mit einem 10Ltr Biomülleimer absolut ungeeignet).

10. Antrag: Artenvielfalt und Grundwasserschutz.

Die Gemeinde ist "pestizidfreie Kommune". Gemeindliche Grundstücke, die verpachtet werden, dürfen nur unter Auflagen genutzt werden, die einer biologischen Wirtschaftsweise nahekommen. Bei Neuverpachtung von kommunalen Flächen wird Glyphosat-Verzicht vereinbart. Bestehende Pachtverträge werden zur nächsten Frist gekündigt und neu angepasst. Zertifizierten biologisch wirtschaftenden Betrieben wird dabei der Vorzug gegeben.
Bei der Pflege kommunaler Flächen wird auf eine Erhöhung der Artenvielfalt hingewirkt. Die Gemeinde setzt sich für Ausweisung und Ausbau von Biotopen auch auf kleinen Flächen ein. Sie erstellt dazu Infoplattformen und/oder Tafeln für Kinder/Schüler und Spaziergänger.

Begründung für die ersten Beschlüsse zum Klimaschutz:

Artikel 11c des neuen Bay. Naturschutzgesetzes vom 10. 12.19 sagt:

Art. 11c Klimaneutrale Verwaltung

[1] Die Behörden und Einrichtungen der unmittelbaren Staatsverwaltung des Freistaates Bayern nehmen Vorbildfunktion beim Klimaschutz wahr, insbesondere bei der Energieeinsparung, der effizienten Bereitstellung, Umwandlung, Nutzung und Speicherung von Energie, der Nutzung erneuerbarer Energien und ihren Beschaffungen mit dem Ziel, bis zum Jahr 2030 eine klimaneutrale Verwaltung zu erreichen.

*[2] **Den kommunalen Gebietskörperschaften wird empfohlen, entsprechend Satz 1 zu verfahren.***

Diese Empfehlung findet sich wortgleich auch im Entwurf des Bayerisches Klimaschutzgesetz (BayKlimaG)

Art.3 Vorbildfunktion des Staates

Mit dem Beschluss dieser ersten Sofortmaßnahmen verstärkt die Gemeinde ihre Anstrengungen, um ihren adäquaten Beitrag zu dem Ziel zu leisten, die Erderwärmung auf maximal 1,5°C zu begrenzen.

Uns ist bewusst, dass es zu vielen Vorschlägen schon Diskussionen und Ansätze gibt. Es ist uns aber wichtig, dass all diese Aktivitäten mit Gemeinderatsbeschlüssen und konkreten Ziel- und Zeitvorgaben unterlegt und konsequent vorangetrieben werden. Ganz wichtig ist uns zu verstehen, dass im Klimaschutz die nächsten 10 Jahre ganz entscheidend sind und dass wir sofort mit grundlegenden Veränderungen beginnen müssen. Je später reagiert wird, um so härter, teurer und einschneidender werden die Maßnahmen sein müssen.
Die Verabschiedung des Grundsatzbeschlusses sollte ein erster unmittelbarer Schritt auf diesem Wege sein.

Diese Beschlussvorschlagssammlung ist nicht vollständig und sollte fortlaufend ergänzt und aktualisiert werden.

Ein Bericht über den Workshop mit dem Gemeinderat und die Ergebnisse der Ideensammlung, sowie weitere detaillierte Dokumente zum herunterladen, finden sich unter https://www.agenda-21-feldkirchen-westerham.de

Klimaschutz
mutz!
FRIDAYS FOR FUTURE
6.FEB.

"Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun."

Molière

Die Klimakrise stellt für die Stabilität der Ökosysteme unseres Planeten und für Millionen von Menschen eine existenzielle Bedrohung dar. Eine ungebremste Erderwärmung ist eine enorme Gefahr für Frieden und Wohlstand weltweit.
Seit Beginn der Industrialisierung hat sich die Erde laut IPCC bereits um circa ein Grad Celsius erwärmt. Es bleibt daher wenig Zeit, den Klimawandel aufzuhalten und so zu verhindern, dass die Kipppunkte im Klimasystem überschritten werden. Tun wir das nicht, werden die verursachten Schäden weit höhere Kosten mit sich bringen als alle Investitionen in konkrete Maßnahmen zur Vermeidung der Klimakatastrophe.
Das Pariser Abkommen ist die verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzmaßnahmen, die auf internationaler Zusammenarbeit basiert. Der aktuelle klimapolitische Kurs in Deutschland ist mit diesem Abkommen unvereinbar und muss durch ein auf dem 1,5 °C-Ziel beruhendes Klimaschutzgesetz sowie eine zukunftsorientierte und nachhaltige Zusammenarbeit auf europäischer und globaler Ebene ersetzt werden. In dieser Politik muss sich der Gedanke der Klimagerechtigkeit widerspiegeln. Entscheidungen, die zu Lasten ärmerer Regionen und künftiger Generationen getroffen werden, sind inakzeptabel.

Quelle: FridaysForFuture

CLIMATE
JUSTICE

WIR FORDERN

Der Staat muss seiner Verantwortung gegenüber der Umwelt und nachfolgenden Generationen im Sinne von Artikel 20a des Grundgesetzes und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerecht werden.
Uns ist bewusst, dass diese Forderungen ambitioniert sind, doch wenn wir jetzt nicht entschlossen handeln, werden wir das 1,5 °C-Ziel verfehlen. Die dadurch entstehenden Schäden werden nicht reparabel sein.
Um eine Wende zu erreichen, die von der Gesellschaft mitgetragen werden kann, fordern wir absolute Transparenz und faktenbasierte Aufklärung für alle Bürger*innen. Alle getroffenen Maßnahmen müssen unabhängigen wissenschaftlichen Kontrollen unterliegen, die ihre Wirksamkeit beurteilen. Vor allem junge Menschen müssen wegen ihrer besonderen Betroffenheit stärker in den demokratischen Prozess einbezogen werden.
Es darf nicht die alleinige Aufgabe der Jugend sein, Verantwortung für die Priorisierung des Klimaschutzes zu übernehmen. Da die Politik diese kaum wahrnimmt, sehen wir uns gezwungen, weiter zu streiken, bis gehandelt wird!
Wir als Fridays For Future Deutschland sind eine überparteiliche Bewegung gleichgesinnter Klimaaktivist*innen und solidarisieren uns mit allen, die sich friedlich für unsere Forderungen einsetzen

Fridays For Future Deutschland